



EUROPA

Net Zero Industry Act und Critical Raw Materials Act

Beschleunigte Verfahren für die Wettbewerbsfähigkeit

Zwei potenziell bahnbrechende EU-Verordnungen sind auf den Weg gebracht – der Net Zero Industry Act und der Critical Raw Materials Act – als europäische Antwort auf den US Inflation Reduction Act und Chinas wachsende technologische Dominanz.

Mitte dieses Jahres sind nach rekordverdächtig schnellen Gesetzgebungsprozessen zwei lang erwartete Verordnungen in Kraft getreten. Der Net Zero Industry Act (NZIA) soll Schlüsseltechnologien wie etwa Batterien und Photovoltaik durch Verfahrensbeschleunigungen zurück nach Europa holen bzw.

erstmals ansiedeln. Dem Critical Raw Materials Act (CRMA) soll das gleiche im Bereich Rohstoffabbau, Weiterverarbeitung und Recycling gelingen. Damit wäre die gesamte industrielle Wertschöpfungskette vom Rohstoff bis zur Endfertigung einbezogen.

Ohne Wirtschaft kein Green Deal

Steigende Energiepreise und Lieferkettenengpässe bei Schlüsseltechnologien und -Rohstoffen fordern Europa heraus. Das hat innerhalb der Europäischen Kommission ein Umdenken bewirkt und den Fokus zunehmend auf die Industrie gelenkt. Ohne eine wettbewerbsfähige Produktion in Europa wird auch der Green Deal inklusive ambitionierter Klimaziele nicht zu erreichen sein.

Effizienz der Genehmigungsverfahren als Schlüssel

Die zwei Rechtsakte sollen ein bekanntes Nadelöhr der Transformation der Wirtschaft auflösen. Ähnlich wie im Bereich des Ausbaus der erneuerbaren Energien sollen nämlich nun auch die Genehmigungsverfahren in der Herstellung bestimmter Technologien entschlackt und beschleunigt werden. Flankierend soll der Abbau, die Weiterverarbeitung und das Recycling von kritischen Rohstoffen gefördert werden, um die Wertschöpfungsketten zu diversifizieren und Abhängigkeiten von Drittstaaten – sprich China – zu reduzieren. Damit das gelingt, sehen die beiden Rechtsakte Maximalfristen für die Genehmigung bestimmter Projekte vor. Zusätzlich sollen zentrale Anlaufstellen und ein erweitertes Informationsangebot, etwa über Finanzierungsmöglichkeiten, die Projektwerber bestmöglich unterstützen. Diese Maßnahmen stellen eine zusätzliche Ebene politischen Drucks auf die Mitgliedstaaten dar, diese Verfahren möglichst effizient zu gestalten.

Strategische Produktionsschritte in Europa behalten

Der Net Zero Industry Act sieht 19 förderungswürdige Technologien vor. So soll die Herstellung von Windkraftanlagen, CO₂-Einspeicherungstechnologien, Energiespeichern, Netztechnologien und weitere Industrien in Europa gehalten und ausgebaut werden. Bis 2030 sollen 40% des jährlichen Bedarfs der EU an diesen Technologien in Europa hergestellt werden bzw. bis 2040 15% der Weltproduktion erreichen. Das soll auch deren spezifischen Komponenten beinhalten, die in einem nicht-taxativen Anhang zum Gesetzestext zu definieren sind. Beispielsweise könnte es also dazu kommen, dass auch die Herstellung von Wechselrichtern – integrale Bestandteile mehrerer der sogenannten Net-Zero-Technologien – in den Genuss der Vereinfachungen des Rechtsakts kommen. Diese bestehen, wie bereits genannt, im Wesentlichen daraus, dass der Projektwerber eine zentrale Kontaktstelle für die vielen im Hintergrund laufenden Einzelverfahren, etwa im Wasser- und Bodenschutz, zur Seite gestellt bekommt und sich auf

eine Maximalfrist für das gesamte Verfahren, je nach Größe, von 12 bis 18 Monaten berufen kann. Als besonders wichtig erkannte Projekte können den Status „strategisch“ verliehen bekommen, der wiederum mit weiter verkürzten Verfahren einhergeht. Dafür müssen bestimmte Kriterien inklusive Beschäftigungsrelevanz und Resilienz, erfüllt werden. Über den Erhalt des Prädikats „strategisch“ entscheidet letztlich der Mitgliedstaat.

Rohstoffe sichern & Resilienz stärken

Der Critical Raw Materials Act ist ähnlich aufgebaut. Eine Liste von 34 kritischen Rohstoffen wurde auf Basis der wirtschaftlichen Bedeutung und des Versorgungsrisikos erarbeitet. Daraus wurden unter Berücksichtigung der Bedeutung für den grünen und digitalen Wandel 17 strategische Rohstoffe identifiziert. Darunter sind Materialien wie Kobalt, Kupfer, Lithium, Nickel und seltene Erden zu finden. Für diese sollen die Kapazitäten bis 2030 deutlich erhöht werden: Unverbindliche Richtwerte sehen vor, dass mindestens 10% des jährlichen Verbrauchs in der EU auch hier abgebaut, 25% recycelt und 40% weiterverarbeitet werden. Das soll ebenfalls durch zentrale Anlaufstellen für Projektwerber und verkürzte Genehmigungsfristen ermöglicht werden. Die Bewerbung um den Erhalt des Status als strategisches Projekt erfolgt hier jedoch zentral bei der Europäischen Kommission. Darüber hinaus gibt es weitere Bestimmungen für regelmäßige Stresstests der Lieferketten großer Unternehmen, die mit kritischen Rohstoffen arbeiten. Neben dem Ausbau der europäischen Industrie soll mit diesem Rechtsakt die Resilienz der gesamten Wirtschaft gestärkt werden.

Zeitnahe Umsetzung bzw. Anwendung liegt an den Mitgliedstaaten

Obwohl es sich um zwei Verordnungen handelt, müssen noch einige zentrale Schritte gesetzt werden, damit diese auch tatsächlich effektiv werden. Diese sind von den Mitgliedstaaten durchzuführen. Dazu zählt insbesondere die Einrichtung der zentralen Kontakt- bzw. Anlaufstellen, die im Falle des Net Zero Industry Acts bereits bis Ende Dezember 2024 zu erfolgen hat. Die erhofften Verfahrensbeschleunigungen werden möglicherweise auch weitere Änderungen im Zusammenspiel zwischen Bund, Ländern, Bezirken und Gemeinden erforderlich machen. Und zu guter Letzt wird in Österreich auch offensiv darüber nachzudenken sein, ob und welche Förderschienen im Sinne von NZIA und CRMA um- und neu gestaltet werden müssen.

- **Tempo ist wichtig:** Aufgrund der im NZIA festgelegten zeitlichen Obergrenzen für die Abwicklung der Genehmigung von bestimmten Vorhaben (z.B. 9/12/18 Monate im Bereich Energie) und der Vorgaben betreffend Verfahrenskoordination ist es standort-

politisch dringend erforderlich, den Rechtsakt rasch und effektiv in Österreich umzusetzen.

- **Kontaktstelle:** Die erste Frist zur Einrichtung der zentralen Kontaktstellen endet bereits am 30.12.2024 (NZIA).

WKÖ-Bewertung

Grundsätzlich sind die beiden Rechtsakte als erster wichtiger Schritt hin zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit anzusehen. Als wichtiges Signal wurden beide in, für Brüsseler Verhältnisse, Rekordgeschwindigkeit abgeschlossen, was eindeutig zeigt, was bei entsprechendem politischem Willen alles geht. Wichtig ist jedoch, es darf nicht dabei bleiben. Es muss damit ein echtes Umdenken einsetzen, nämlich wie es uns gelingt, die Industrie und Wirtschaft als Ganzes am besten in die Lage zu versetzen, die Lösungen für aktuelle Herausforderungen bereitzustellen. Ob die Genehmigungsverfahren durch die beiden Rechtsakte wirklich beschleunigt werden, bleibt abzuwarten. Beispielsweise sind in Österreich im UVP-G kürzere Genehmigungsfristen als im NZIA vorgesehen. Jedenfalls müssen die zuständigen Ministerien und Stellen angesichts des bereits begonnenen Fristenlaufs in die Gänge kommen, und dabei auch die Bundesländer als vollziehende Stellen, die Förderungsstellen, die WKÖ und weitere Servicestellen für Unternehmen u.a. ehest- und engstmöglich einbinden. ●

Weitere Infos:

- NZIA – Net Zero Industry Act ([Link](#))
- CRMA – Critical Raw Materials Act ([Link](#))



Clemens Rosenmayr MSc, MSc, BSc (WKÖ)

clemens.rosenmayr@wko.at



Dr. Monja Nemeč (WKÖ)

monja.nemec@wko.at